



## NIEDERSCHRIFT

<b>Sitzung:</b>	Ausschuss für Schule und Soziales IV/12
<b>Sitzungstag:</b>	Mittwoch, den 08.11.2017
<b>Sitzungsort:</b>	Psych. Beratungsstelle, Herbstmühle 3, Wipperfürth
<b>Beginn:</b>	17:05 Uhr
<b>Ende:</b>	19:24 Uhr

## TAGESORDNUNG

1. Öffentliche Sitzung
  - 1.1. Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung und der Beschlussfähigkeit
    - 1.1.1. Verpflichtung sachkundiger Bürger und sachkundiger Einwohner
    - 1.1.2. Anerkennung der Tagesordnung
    - 1.1.3. Einwohnerfragestunde
  - 1.2. Bericht über die Durchführung der Beschlüsse  
Vorlage: M/2017/025
  - 1.3. Genehmigung von Dringlichen Entscheidungen gem. § 60 Abs. 2 GO NW

### **BEREICH SCHULE**

- 1.4. Beschlüsse
  - 1.4.1. Bildung von Eingangsklassen an Wipperfürther Grundschulen zum Schuljahr 2018/2019  
Vorlage: V/2017/648
  - 1.4.2. Verwendung der Spende der KSK Köln - mündlich
- 1.5. Empfehlungen an den Haupt- und Finanzausschuss
- 1.6. Empfehlungen an den Rat
  - 1.6.1. Gute Schule 2020  
Vorlage: V/2017/691
  - 1.6.2. Medienentwicklungsplan für die städt. Schulen  
Vorlage: V/2017/693

Erklärung des Ausschussvorsitzenden zum Protokoll

- 1.7. Anfragen
  - 1.7.1. Lehrerversorgung und Unterrichtsausfall - Anfrage des Ratsherrn Frank Mederlet/SPD-Fraktion vom 17.10.2017  
Vorlage: F/2017/204
- 1.8. Anträge
- 1.9. Mitteilungen
  - 1.9.1. Übergang Schule und Beruf - mündlicher Bericht Herr Eichler, OBK
  - 1.9.2. Sachstand Schülerbeförderung  
Vorlage: M/2017/020
  - 1.9.3. Mittelverwendung der Finanzhilfen zur Verbesserung der Schulinfrastruktur  
Vorlage: M/2017/027
  - 1.9.4. Sachstand bauliche Maßnahmen an Schulen  
Vorlage: M/2017/022
  - 1.9.5. Aktuelle Schülerzahlen und Sachstand in den Offenen Ganztagschulen  
Vorlage: M/2017/975
  - 1.9.6. Überblick Flüchtlings- und Förderkinder an den städt. Schulen  
Vorlage: M/2017/023
  - 1.9.7. Sachstand schulische Inklusion  
Vorlage: M/2017/024
  - 1.9.8. Sachstandsbericht Schulsozialarbeit  
Vorlage: M/2017/018
  - 1.9.9. Sachstand START Projekt  
Vorlage: M/2017/029
  - 1.9.10. Lehrerversorgung an dem Grundschulverbund KGS Agathaberg/EGS Albert Schweitzer  
Vorlage: M/2017/028

#### 1.10. Verschiedenes

### **BEREICH SOZIALES**

- 1.11. Beschlüsse
  - 1.11.1. Verwendung der Spende der KSK Köln - mündlich
- 1.12. Empfehlungen an den Haupt- und Finanzausschuss
- 1.13. Empfehlungen an den Rat
- 1.14. Anfragen
- 1.15. Anträge
  - 1.15.1. Antrag der UWG zum Thema Inklusion von Menschen mit Behinderung  
Vorlage: A/2017/180
- 1.16. Mitteilungen
  - 1.16.1. Informationen zur Psychologischen Beratungsstelle  
Vorlage: M/2017/026
  - 1.16.2. Aufnahme und Unterbringung von Flüchtlingen und Asylbewerbern  
Vorlage: M/2017/021
  - 1.16.3. Sachstandsbericht Aktionsplan Inklusion  
Vorlage: M/2017/019

- 1.16.4. Sachstandsbericht Konzept zur Integration von Flüchtlingen  
Vorlage: M/2017/017
- 1.17. Verschiedenes

- 2. Nichtöffentliche Sitzung
- 2.1. Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung und der Beschlussfähigkeit
- 2.2. Anerkennung der Tagesordnung
- 2.3. Genehmigung von Dringlichen Entscheidungen gem. § 60 Abs. 2 GO NW

#### **BEREICH SCHULE**

- 2.4. Beschlüsse
- 2.4.1. Verwendung der Spende der KSK Köln  
Vorlage: V/2017/656
- 2.5. Empfehlungen an den Haupt- und Finanzausschuss
- 2.6. Empfehlungen an den Rat
- 2.7. Anfragen
- 2.8. Anträge
- 2.9. Mitteilungen
- 2.10. Verschiedenes

#### **BEREICH SOZIALES**

- 2.11. Beschlüsse
- 2.11.1. Verwendung der Spende der KSK Köln  
Vorlage: V/2017/690
- 2.12. Empfehlungen an den Haupt- und Finanzausschuss
- 2.13. Empfehlungen an den Rat
- 2.14. Anfragen
- 2.15. Anträge
- 2.16. Mitteilungen
- 2.17. Verschiedenes



## Hansestadt Wipperfürth

# ANWESENHEITSLISTE

zur Sitzung des Ausschusses für Schule und Soziales,  
am 08.11.2017  
von 17:05 Uhr bis 19:24 Uhr

### Anwesend:

#### **Vorsitzende/r**

Mederlet, Frank SPD

#### **Ratsmitglieder**

Ahus, Margit CDU Vertretung für Frau Verena Irlenbusch

Billstein, Regina SPD

Bongen, Hermann-Josef CDU Vertretung für Herrn Joachim Surborg

Caspers, Dagmar Bündnis 90 / DIE GRÜNEN

Felderhoff, Klaus-Dieter UWG Vertretung für Herrn Hans-Otto Frielingsdorf

Flosbach, Thomas CDU Vertretung für Herrn Kai Ebert

Hirsch, Hartmut CDU

Kremer, Stephan CDU

Palubitzki, Lothar CDU

#### **sachkundige Bürger**

Amamra, Sylvie FDP

Berg, Ute SPD

Fahlenbock, Adele CDU

Flosbach, Ulrich CDU

Gärtner, Daniel UWG

Mederlet, Selina SPD Vertretung für Herrn Jörg Klockner

#### **sachkundige Einwohner**

Bühlstahl, Peter Gemeindereferent kath. Kirche

Ruffler, Gabriele Vertreterin der ev. Kirche

#### **Bürgermeister**

von Rekowski, Michael parteilos bis 18.36 Uhr / TOP 1.6.2

**Verwaltungsvertreter/in**

Klewinghaus, Dieter	intern	
Kremer, Dirk	intern	ab 18.36 Uhr / TOP 1.4.2
Niederwipper, Cira	intern	
Ottofüllung, Diana	intern	
Willms, Herbert	intern	bis 18.36 Uhr / TOP 1.6.2

**Schriftführer/in**

Osberghaus, Dirk	intern
------------------	--------

**Gäste**

Herr Ludger Sändker	psych. Beratungsstelle Herbstmühle	als Gastgeber
Herr Wolfgang Richter	Dr. Garbe & Lexis	zu TOP 1.6.2
Herr Thomas Eichler	OBK	zu TOP 1.9.1
Herr Fabian Hardenbicker	„Bufdi“	zu TOP 1.9.7
Frau Anna Skorupski	„Bufdi“	zu TOP 1.9.7

## **1 Öffentliche Sitzung**

Vor der Ausschusssitzung informiert Herr Ludger Sändker, Leiter der Psychologischen Beratungsstelle für Eltern, Kinder und Jugendliche an der Herbstmühle, über die Entwicklung und das Leistungsangebot der Einrichtung. Bei einer kurzen Führung erhalten die interessierten Ausschussmitglieder und Gäste einen Einblick in die Räumlichkeiten der Beratungsstelle.

Weitergehende Informationen zum Nachlesen <https://www.beratung-caritasnet.de/index.php?id=159>

### **1.1 Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung und der Beschlussfähigkeit**

Der Ausschussvorsitzende Frank Mederlet eröffnet die Sitzung und stellt die ordnungsgemäße Einladung und die Beschlussfähigkeit fest. Er begrüßt die Ausschussmitglieder, die interessierte Öffentlichkeit, hier insbesondere die Vertreter der Schulen und Herrn Dr. Corssen als Pressevertreter, sowie die Vertreter der Verwaltung mit Bürgermeister Michael von Rekowski an der Spitze.

#### **1.1.1 Verpflichtung sachkundiger Bürger und sachkundiger Einwohner**

Frau Selina Mederlet wird durch den Ausschussvorsitzenden Frank Mederlet in würdiger Form zu ihrer Tätigkeit als sachkundige Bürgerin verpflichtet.

#### **1.1.2 Anerkennung der Tagesordnung**

Herr Felderhoff bittet darum, bei TOP 1.15.1 im Vorlagenkopf das Wort „Kenntnisnahme“ durch das Wort „Entscheidung“ zu ersetzen. Dieser Bitte wird gefolgt.

Die Tagesordnung wird mit folgenden Änderungen anerkannt:

Nach TOP 1.1.2. wird die öffentliche Sitzung unterbrochen und zunächst die nicht-öffentliche Sitzung durchgeführt.

Hinweis: Die nichtöffentliche Sitzung dauerte von 17.10 Uhr bis 17.28 Uhr.

#### **1.1.3 Einwohnerfragestunde**

Aus dem Kreis der anwesenden Einwohner werden keine Fragen gestellt. Auch schriftlich liegen keine Fragen aus der Einwohnerschaft vor.

### **1.2 Bericht über die Durchführung der Beschlüsse**

**Vorlage: M/2017/025**

Der Ausschussvorsitzende Frank Mederlet bittet darum, dass zukünftig auch die nicht erledigten Beschlüsse (z.B. Aktionsplan Inklusion und Integrationskonzept) in der Beschlusskontrolle aufgeführt werden.

Der Bericht wird ohne weitere Nachfragen zur Kenntnis genommen.

### **1.3 Genehmigung von Dringlichen Entscheidungen gem. § 60 Abs. 2 GO NW**

Entfällt.

## BEREICH SCHULE

### 1.4 Beschlüsse

#### 1.4.1 Bildung von Eingangsklassen an Wipperfürther Grundschulen zum Schuljahr 2018/2019

Vorlage: V/2017/648

##### Beschluss:

Nach Abschluss des Anmeldeverfahrens zum 06.10.2017 wird der Schulaufsicht vorgeschlagen, die sich nach der entsprechenden Verordnung für Wipperfürth ergebenden **9 Eingangsklassen** im Schuljahr 2018/2019 wie folgt zu verteilen:

Klassenrichtzahl Schuljahr 2018/2019	9,00
--------------------------------------	------

Schule	Nummer	Klassenbildung
Verbund St. Antonius	114893	4,00
KGS St. Antonius		3,00
KGS Wipperfeld		1,00
Verbund St. Nikolaus	114 900	3,00
KGS St. Nikolaus		2,00
GGS Kreuzberg		1,00
Verbund Agathaberg	114 935	2,00
KGS Agathaberg		1,00
EGS Albert Schweitzer		1,00
Summen		9,00

**Abstimmungsergebnis:** einstimmig

\* \* \*

Nachdem die Nachfrage des Ausschussvorsitzenden Frank Mederlet, ob es Abweisungen bei Schulanmeldungen gegeben habe, dies seitens der Verwaltung verneint wird, wird der Beschluss ohne weitere Aussprache gefasst.

#### 1.4.2 Verwendung der Spende der KSK Köln - mündlich

##### Beschluss:

Die Mittel aus dem Bereich Schule aus der Gewinnausschüttung der KSK Köln werden wie folgt vergeben:

1. Zuweisungen für „13 +“ Gruppen
  - GGS Kreuzberg 3.000,00 €
  - EGS Albert Schweitzer 3.000,00 €
  - KGS Agathaberg 3.000,00 €
  
2. Zuweisungen für „8 – 1“ Gruppen
  - GGS Kreuzberg 750,00 €
  - EGS Albert Schweitzer 750,00 €

- KGS Agathaberg	750,00 €
- KGS Wipperfeld	750,00 €
3. Zuweisungen für Unterrichtsmaterial im Rahmen der Integration	
- KGS St. Antonius	270,00 €
- KGS St. Nikolaus	165,00 €
- EGS Albert Schweitzer	210,00 €
- GGS Kreuzberg	15,00 €
- KGS Agathaberg	60,00 €
- KGS Wipperfeld	90,00 €
- EvB Gymnasium	15,00 €
- Hermann-Voss-Realschule	120,00 €
- Konrad-Adenauer-Hauptschule	375,00 €
4. START-Projekt	998,66 €
	<b>Summe: 14.318,66 €</b>

**Abstimmungsergebnis:** einstimmig

\* \* \*

Der Tagesordnungspunkt wird durch den Ausschussvorsitzenden erst nach dem TOP 1.6.2. aufgerufen.

Der Ausschussvorsitzende Frank Mederlet trägt den in der nichtöffentlichen Sitzung unter TOP 2.4.1 gefassten Beschluss mündlich vor und lässt noch einmal darüber abstimmen.

## 1.5 Empfehlungen an den Haupt- und Finanzausschuss

Entfällt.

## 1.6 Empfehlungen an den Rat

### 1.6.1 Gute Schule 2020 Vorlage: V/2017/691

#### Beschlussempfehlung:

Die im Rahmen des Förderprogramms „Gute Schule 2020“ zur Verfügung gestellten Mittel von je 348.226 € für die Jahre 2017 bis 2020 werden weiterhin wie in der anliegenden Tabelle dargestellt verwendet.

**Abstimmungsergebnis:** einstimmig

\* \* \*

Nachdem die Nachfrage des Rats Herrn Lothar Palubitzki, ob es neue Erkenntnisse gebe, durch die Verwaltung verneint wird, wird der Beschluss ohne weitere Aussprache gefasst. Somit wird die bisherige Beschlusslage bestätigt.

### 1.6.2 Medienentwicklungsplan für die städt. Schulen Vorlage: V/2017/693

Schulamtsleiterin Diana Ottofülling berichtet, dass der Arbeitskreis Medienentwick-

lung - wie bereits in der schriftlichen Vorlage angekündigt – am Nachmittag vor der Ausschusssitzung getagt hat. Aus dem Gesprächsverlauf ergeben sich noch Änderungen, insbesondere auch finanzieller Art, die in der Vorlage zur Ratssitzung am 19.12.2017 berücksichtigt werden.

Der Ausschussvorsitzende Frank Mederlet berichtet, dass die CDU-Fraktion bereits vor der Sitzung zu diesem Tagesordnungspunkt weiteren Beratungsbedarf angemeldet habe und es den Gepflogenheiten entspreche, dann in der Ausschusssitzung keinen Beschluss zu fassen, sondern die Entscheidung unmittelbar in der Ratssitzung zu treffen.

Herr Wolfgang Richter vom Büro Dr. Garbe & Lexis, das den Entwurf des Medienentwicklungsplanes ausgefertigt hat, trägt die wesentlichen Inhalte des Planes vor. Die ihm dabei als Grundlage dienende Präsentation ist in der aktualisierten Form, die in der Sitzung aufgrund technischer Probleme nicht gezeigt werden konnte, dieser Niederschrift beigelegt. Die sich aus der Sitzung des Arbeitskreis Medienentwicklung bei den Kosten ergebenden Änderungen sind in dieser Präsentation blau eingetragen (bei schwarz-weiß Ausdrucken: die untere, gräuliche Zahl).

In seinem äußerst interessanten und gut präsentierten Vortrag geht Herr Richter insbesondere auf die in der Arbeitskreissitzung geäußerten Wünsche der Grundschulen sowie Haupt- und Realschule bezüglich der Präsentationstechnik ein: Im ursprünglichen Vorschlag des Medienentwicklungsplanes hatte er eine passive Präsentationstechnik angesetzt, die lediglich mit etwa 2.500 € je Klassenraum anzusetzen wäre. Die Schulen, die derzeit mit den sog. Whiteboards mit interaktiver Präsentationstechnik arbeiten, würden diese Form aus didaktischen Gründen gerne behalten. Eine Ausstattung mit einer aktuellen aktiven Präsentationstechnik (Hinweis: auch Whiteboards sind schon wieder technisch veraltet) müsste mit etwa 7.000 € je Klassenraum angesetzt werden. Als Kompromiss schlägt Herr Richter die Ergänzung der passiven Präsentationstechnik mit interaktiven Beamern vor. Die sich hieraus ergebenden Mehrkosten belaufen sich auf ca. 1.500 € je Klassenraum. Diese Mehrkosten sind in der beigelegten Präsentation in den „blauen Zahlen“ beinhaltet.

Nach dem Vortrag von Herrn Richter merkt Ratsherr Lothar Palubitzki an, dass er diese Fülle an Informationen erst einmal sacken lassen müsse und dass die CDU-Fraktion hier noch weiteren Beratungsbedarf habe.

Der Ausschussvorsitzende Frank Mederlet erbittet die Fragen der Ausschussmitglieder und sammelt diese zunächst, bevor sie durch Herrn Richter gebündelt beantwortet werden. Zur besseren Verständlichkeit werden Fragen und Antworten in dieser Niederschrift unmittelbar zusammen wiedergegeben.

Ratsfrau Regina Billstein fragt, wie Wipperfürth bezüglich der Medienausstattung an den Schulen im Vergleich zu anderen Städten liege. Hierauf antwortet Herr Richter, dass er natürlich nicht alle Städte kenne, aus seinen Erfahrungen würde er Wipperfürth aber im Mittelfeld ansiedeln.

Eine zweite Frage von Frau Billstein bezieht sich auf eine Landesbeteiligung an den Kosten. Hierzu führt Kämmerer Herbert Willms aus, dass ein entsprechendes Gesetz gerade im Verfahren sei und dieses frühestens im Dezember verabschiedet werde. Möglicherweise könnte Wipperfürth dann eine Förderung in der Größenordnung von 500.000 € erwarten.

Frau Billstein drückt die Verwunderung aus, dass die erst vor wenigen Jahren an-

geschafften interaktiven Whiteboards schon veraltet seien und stellt die Frage, wie schnell die neue Technik dann wieder veraltet sei. Hierzu konnte Herr Richter keine konkrete Aussage treffen, da der technische Fortschritt nicht vorhersehbar ist.

Ratsfrau Dagmar Caspers bittet darum die verwendeten Begriffe „Medienzentrum des Oberbergischen Kreises“, „Regionales Kompetenzzentrum“ und „Medienberater“ noch einmal zu erläutern. Das Medienzentrum ist die ehemalige Kreisbildstelle. An dieses angebunden ist das Kompetenzteam des Oberbergischen Kreises, das sich mit Beratung und Fortbildung der Lehrerinnen und Lehrer befasst. (Weitere Informationen auch unter [www.medienzentrum-oberberg.de](http://www.medienzentrum-oberberg.de)) Die Medienberater der Medienberatung NRW beraten bezüglich des Einsatzes von Medien im Unterricht, siehe auch [www.medienberatung.nrw.de](http://www.medienberatung.nrw.de).

Frau Caspers bittet um Klarstellung bezüglich der jährlichen Kosten (in der Vorlage der Verwaltung war der Betrag von 271.535 € genannt, durch die o.g. Änderungen wird es hier zu einer Erhöhung kommen) und fragt, ob die Stelle des Koordinators dauerhaft oder nur für den Zeitraum befristet geschaffen wird, den die Medienentwicklungsplanung jetzt umfasst. Zu beidem wird ausgeführt, dass dies dauerhaft sein wird.

Ratsherr Stephan Kremer erklärt, dass die Fragen der CDU-Fraktion gebündelt und schriftlich an die Verwaltung gegeben werden. Es werde sich um Fragen sowohl technischer als auch schulorganisatorischer Art handeln.

Ratsherr Hermann-Josef Bongen fragt, ob es nicht einfacher sei, wenn jedes Kind einen eigenen Laptop o.ä. hätte, mit dem es freien Zugang zum Schul-WLAN hat. In eine ähnliche Richtung zielt die Frage von Ratsfrau Dagmar Caspers, in wie weit auch eine Nutzung der eigenen Endgeräte durch die Schüler denkbar sei. Herr Richter führt hierzu aus, dass dies ein zweischneidiges Schwert sei, da die private Anschaffung von Hardware durch die Schüler bzw. deren Eltern freiwillig sei. Zudem habe man dann keinen einheitlichen Standard. Bezüglich eines freien Zugangs zum Schul-WLAN spricht Herr Richter die Problematik der Kompetenzvermittlung an, da es zunächst Ziel des Unterrichts sein solle, den Schülerinnen und Schülern auch die entsprechenden Kompetenzen zum Umgang mit den neuen Kommunikationsformen und der Internetnutzung zu vermitteln.

Die sachkundige Bürgerin Ute Berg erkundigt sich, wie viele Lehrer bereits mit eigenen Geräten arbeiten würden. Hierzu kann Herr Richter keine konkreten Zahlen nennen, einige Lehrerinnen und Lehrer täten dies zwar, dies könne seiner Ansicht nach aber nicht von ihnen gefordert werden.

Der Ausschussvorsitzende Frank Mederlet erläutert zum weiteren Verfahren, dass in der Sitzung kein Beschluss gefasst, bzw. keine Beschlussempfehlung an den Rat ausgesprochen werde. Die Beschlussfassung werde, auch wegen der grundsätzlichen Bedeutung der Angelegenheit, durch den Rat erfolgen. Die Vorlage sei nun, auch in Hinsicht der neuen Zahlen und unter Berücksichtigung der Fragen aus den Fraktionen zu konkretisieren und dem Stadtrat zur Sitzung am 19.12.2017 vorzulegen. Er betont, dass er davon ausgehe, dass sich der Ausschuss grundsätzlich einig sei, dass gute Rahmenbedingungen für „Digitales Lernen“ in der Schulstadt Wipperfürth unverzichtbar seien.

Herr Mederlet bittet die Fraktionen, ihre Fragen möglichst gebündelt und rechtzeitig an die Verwaltung zu geben. Er bittet die Verwaltung, das Gespräch mit den Schulen, das vor der Ausschusssitzung stattgefunden hatte, zu verschriftlichen. Ebenso fordert er die Schulen auf, ihre Fragen und Anregungen ebenfalls schriftlich

an die Verwaltung zu senden, damit die Politik diese zu ihren Beratungen vorliegen hat und entsprechend berücksichtigen kann. Gut sei es zudem, wenn die Verwaltung unterschiedliche Varianten (= unterschiedliche Kosten) dem Rat zur Entscheidung vorlege (Variante „Volkswagen“ und Variante „Porsche“)

In Anbetracht der Komplexität des Themas, werde sich zeitlich nichts vergeben, so Herr Mederlet, wenn unter Umständen erst in der Ratssitzung am 06.02.2017 final über den MEP, mit Festlegung von Art und Umfang beschlossen werde. Die Verwaltung müsse die Personalkosten ermitteln und versichern können, dass der Support für die Schulen in der Praxis auch gewährleistet ist. Unbeschadet dessen sei die Verwaltung aufgefordert entsprechende Haushaltsmittel für die nächsten 5 Jahre zu veranschlagen

### **Erklärung des Ausschussvorsitzenden zum Protokoll**

Bürgermeister Michael von Rekowski und Kämmerer Herbert Willms verlassen die Sitzung nach TOP 1.6.2 um 18.36 Uhr.

Daraufhin gibt der Ausschussvorsitzende Frank Mederlet ausdrücklich zu Protokoll, dass er das Verlassen der Sitzung durch den Bürgermeister Michael von Rekowski für den Ausschuss und für die SPD-Fraktion missbillige. Er berichtet von einem Schreiben vom 05.11.2017 (Anlage), das er als Vorsitzender der SPD-Stadtratsfraktion im Vorfeld der Sitzung an Bürgermeister Michael von Rekowski geschickt hatte und in dem die Erwartung der Fraktion – gemäß Gemeindeordnung und Geschäftsordnung der Stadt – auf persönliche Teilnahme von ihm als zuständigen Dezernenten geäußert wird. Herr Mederlet betrachtet das Verhalten des Bürgermeisters als Missachtung des Ausschusses und seiner Mitglieder sowie der SPD-Fraktion. Fragen an den Bürgermeister konnten mangels seiner Anwesenheit zu Themen des Bildungs- und Sozialbereichs bedauerlicherweise nicht mehr gestellt werden. Der Ausschuss nimmt die Erklärung unwidersprochen zur Kenntnis.

Zur Einordnung des Sachverhaltes werden die o.g. Rechtsgrundlagen hier aufgeführt:

### **Gemeindeordnung**

#### **§ 69**

#### **Teilnahme an Sitzungen**

(1) Der Bürgermeister und die Beigeordneten nehmen an den Sitzungen des Rates teil. Der Bürgermeister ist berechtigt und auf Verlangen eines Ratsmitgliedes verpflichtet, zu einem Punkt der Tagesordnung vor dem Rat Stellung zu nehmen. Auch Beigeordnete sind hierzu verpflichtet, falls es der Rat oder der Bürgermeister verlangt.

(2) Der Bürgermeister und die Beigeordneten sind berechtigt und auf Verlangen eines Ausschusses in Angelegenheiten ihres Geschäftsbereichs verpflichtet, an dessen Sitzungen teilzunehmen. Absatz 1 Satz 2 gilt entsprechend.

### **Geschäftsordnung**

#### **§ 27**

#### **Abweichungen für das Verfahren der Ausschüsse**

(...)

(4) Der Bürgermeister ist berechtigt und auf Verlangen eines Ausschusses

verpflichtet, an dessen Sitzungen teilzunehmen.

Der Bürgermeister ist berechtigt und auf Verlangen mindestens eines Fünftels der Ausschussmitglieder oder einer Fraktion verpflichtet, zu einem Punkt der Tagesordnung vor dem Ausschuss Stellung zu nehmen.

Bürgermeister Michael von Rekowski erklärt nachträglich hierzu:

„Zu der Erklärung des Ausschussvorsitzenden zum Protokoll der Sitzung des Ausschusses für Schule und Soziales nehme ich wie folgt Stellung:

In meiner Funktion als Bürgermeister hätte ich auch ohne Aufforderung durch den Ausschuss oder eine Fraktion an der Sitzung des Ausschusses für Schule und Soziales teilgenommen.

So war es für mich selbstverständlich, der Erwartung der SPD-Fraktion gem. Schreiben vom 05.11.2017 nachzukommen und ich habe der Sitzung beigewohnt, solange mein Terminkalender dies zuließ. Für die restliche Dauer der Sitzung habe ich mich durch den Beigeordneten vertreten lassen, wie die Gemeindeordnung dies zulässt.

Hätten die SPD-Fraktion oder der Ausschuss einen konkreten Tagesordnungspunkt benannt, zu dem ich hätte persönlich Stellung beziehen sollen, so wäre ich dieser Aufforderung gerne nachgekommen, ggf. verbunden mit der Bitte, den Tagesordnungspunkt entsprechend vorzuziehen.

Insofern habe ich durch meine längstmögliche Teilnahme an der Sitzung die Erwartung der SPD-Fraktion erfüllt und habe damit dem Ausschuss und den ehrenamtlichen tätigen Kommunalpolitikern gegenüber meine höchste Wertschätzung ausgedrückt.“

## **1.7 Anfragen**

### **1.7.1 Lehrerversorgung und Unterrichtsausfall - Anfrage des Rats Herrn Frank Mederlet/SPD-Fraktion vom 17.10.2017 Vorlage: F/2017/204**

Die Mitteilung der Verwaltung wird ohne Aussprache zur Kenntnis genommen.

## **1.8 Anträge**

Entfällt.

## **1.9 Mitteilungen**

### **1.9.1 Übergang Schule und Beruf - mündlicher Bericht Herr Eichler, OBK**

Anstelle der erkrankten Leiterin der Kommunalen Koordinierungsstelle, Frau Fuchs, berichtet der Amtsleiter Kreis- und Regionalentwicklung des Oberbergischen Kreises, Herr Jens Eichner, über die Kommunale Koordinierungsstelle Übergang Schule – Beruf/Studium und das Projekt „Kein Abschluss ohne Anschluss“ (KAoA). Die dem Vortrag zugrundeliegende Präsentation ist als Anlage beigefügt. Weitere Informationen hierzu sind auch auf der Internetseite des Bildungsnetzwerkes Oberberg zu finden: [http://www.bildung-in-oberberg.de/cms200schule/uebergang\\_schule\\_beruf\\_studium/](http://www.bildung-in-oberberg.de/cms200schule/uebergang_schule_beruf_studium/).

Der Vortrag wird ohne Nachfrage zur Kenntnis genommen.

**1.9.2 Sachstand Schülerbeförderung**  
**Vorlage: M/2017/020**

Die Mitteilung der Verwaltung wird ohne Nachfrage zur Kenntnis genommen.

**1.9.3 Mittelverwendung der Finanzhilfen zur Verbesserung der Schulinfrastruktur**  
**Vorlage: M/2017/027**

Die Mitteilung der Verwaltung wird ohne Nachfrage zur Kenntnis genommen.

**1.9.4 Sachstand bauliche Maßnahmen an Schulen**  
**Vorlage: M/2017/022**

Die Mitteilung der Verwaltung wird ohne Nachfrage zur Kenntnis genommen.

**1.9.5 Aktuelle Schülerzahlen und Sachstand in den Offenen Ganztagschulen**  
**Vorlage: M/2017/975**

Schulamtsleiterin Diana Ottofülling ergänzt zur schriftlichen Vorlage, dass es zwei Interessenten für die Trägerschaft der OGS an der EGS Albert-Schweitzer gibt, mit denen in Kürze Gespräche geführt werden. Seitens der Verwaltung ist vorgesehen, die Vergabeentscheidung über die Trägerschaft der OGS dem HFA zur Sitzung im Januar 2018 vorzulegen.

Ratsherr Lothar Palubitzki erkundigt sich bezüglich der Differenz zwischen beantragten und besetzten OGS-Plätzen, ob man nicht weniger Plätze beantragen könnte, um Rückzahlungen zu vermeiden. Hierauf entgegnet Frau Ottofülling, dass dies ein Risiko beinhalten würde, da es bei einer Überbelegung keine Nachzahlung seitens des Landes gebe.

Darüber hinaus wird die Mitteilung der Verwaltung ohne weitere Nachfrage zur Kenntnis genommen.

**1.9.6 Überblick Flüchtlings- und Förderkinder an den städt. Schulen**  
**Vorlage: M/2017/023**

Herr Bongen fragt nach, ob in den Zahlen auch die Kinder von Asylbewerbern bzw. anerkannten Asylanten beinhaltet seien. Da dies seitens der Verwaltung bejaht wird, bittet er darum, dies zukünftig auch in der Überschrift deutlich zu machen.

Darüber hinaus wird die Mitteilung der Verwaltung ohne Nachfrage zur Kenntnis genommen.

**1.9.7 Sachstand schulische Inklusion**  
**Vorlage: M/2017/024**

Zwei der derzeit an Wipperfürther Schulen eingesetzten Bundesfreiwilligendienstleistenden, Herr Fabian Hardenbicker und Frau Anna Skorupski, stellen sich vor und berichten von ihrer aktuellen Tätigkeit an der Albert-Schweitzer-Grundschule bzw. der KGS St. Antonius. Der Ausschussvorsitzende dankt den beiden für die Darstellungen und ihre Dienstleistung an den Schulen und wünscht ihnen für den weiteren Dienst alles Gute.

Die Mitteilung der Verwaltung wird ohne Nachfrage zur Kenntnis genommen.

#### **1.9.8 Sachstandsbericht Schulsozialarbeit**

**Vorlage: M/2017/018**

Der Ausschussvorsitzende Frank Mederlet fragt, warum die zweite Stelle Schulsozialarbeit nicht besetzt sei.

Frau Ottofüllung berichtet, dass die Stelle befristet auf 2 Jahre ausgeschrieben gewesen sei, sich hierauf aber keine geeigneten Bewerber gemeldet hätten. Aktuell sei die Stelle erneut ausgeschrieben, diesmal unbefristet.

Darüber hinaus wird die Mitteilung der Verwaltung ohne weitere Nachfrage zur Kenntnis genommen.

#### **1.9.9 Sachstand START Projekt**

**Vorlage: M/2017/029**

Die Mitteilung der Verwaltung wird ohne Nachfrage zur Kenntnis genommen.

#### **1.9.10 Lehrerversorgung an dem Grundschulverbund KGS Agathaberg/EGS Albert Schweitzer**

**Vorlage: M/2017/028**

Ratsherr Stephan Kremer stellt klar, dass die Stadt zwar nicht in der Hauptverantwortung für die personelle Ausstattung der Schulen mit Lehrern ist, die Politik aber natürlich auch in Sorge sei, dass ausreichend Lehrerinnen und Lehrer an den städtischen Schulen eingesetzt seien. Daher finde er es gut, dass seitens der Politik ein Auge auf die Lehrersituation an den Schulen gehalten werde.

Der Ausschussvorsitzende Frank Mederlet betont das Interesse des Ausschusses, dass alle Wipperfürther Schulstandorte personell gut ausgestattet seien. Nicht zuletzt sei dies auch ein bedeutendes Kriterium zur Sicherung von Schulstandorten. In Agathaberg sei die Situation problematisch gewesen. Er dankt Frau Beyer und Frau Klein, dass diese Probleme durch eine standortübergreifende Vertretung gelöst wurden. Er bittet die Verwaltung zudem – auch im Zusammenhang mit TOP 1.7.1 – weiterhin sensibilisiert zu sein für eine ausreichende Versorgung mit Lehrkräften an den Schulen.

#### **1.10 Verschiedenes**

Entfällt.

### **BEREICH SOZIALES**

Herr Frederik Saalman stellt sich als neuer Mitarbeiter (Sozialarbeiter) im Sozialamt vor. Dort ist er insbesondere für die Betreuung von Menschen mit Migrationshintergrund zuständig.

#### **1.11 Beschlüsse**

##### **1.11.1 Verwendung der Spende der KSK Köln – mündlich**

### **Beschluss:**

Die Mittel aus dem Bereich Soziales aus der Gewinnausschüttung der KSK Köln in Höhe von 5.818,67 € werden wie folgt vergeben:

1. Wipperfürther Tafel	2.318,67 €
2. Wohnverbund Haus Agathaberg-Stiftung Die Gute Hand	1.000,00 €
3. Noh Bieneen e.V.	1.000,00 €
4. Deutsches Rotes Kreuz	1.500,00 €

Die Vergabe weiterer Mittel in Höhe von 8.500 € wird mit Arbeits- bzw. Prüfaufträgen an die Verwaltung zunächst zurückgestellt. Eine Vergabe kann in der ersten Sitzung in 2018 erfolgen.

**Abstimmungsergebnis:** einstimmig

\* \* \*

Dieser Tagesordnungspunkt wird vom Vorsitzenden unmittelbar nach dem TOP 1.4.2 aufgerufen, welcher wiederum erst nach dem TOP 1.6.2 behandelt wurde.

Der Ausschussvorsitzende Frank Mederlet trägt den in der nichtöffentlichen Sitzung unter TOP 2.11.1 gefassten Beschluss mündlich vor und lässt noch einmal darüber abstimmen.

#### **1.12 Empfehlungen an den Haupt- und Finanzausschuss**

Entfällt.

#### **1.13 Empfehlungen an den Rat**

Entfällt.

#### **1.14 Anfragen**

Entfällt.

#### **1.15 Anträge**

##### **1.15.1 Antrag der UWG zum Thema Inklusion von Menschen mit Behinderung Vorlage: A/2017/180**

### **Beschluss:**

1. Ein Beirat wird eingerichtet.
2. Die Verwaltung ist beauftragt, bis zum 28.02.2018 die Rahmenbedingungen zu erarbeiten und dem ASS zur Vorentscheidung vorzulegen.
3. Der Arbeitskreis DOMINO ist einzubinden.
4. Die Mitglieder des Beirats werden vom Rat in seiner Sitzung im Mai 2018 – auf Vorschlag von DOMINO – gewählt. Die Mitarbeit von je einem Vertreter der Ratsfraktionen ist vorzusehen.
5. In den folgenden Ausschüssen ist ein/e Vertreter/in des Beirates als sachkundige/r Einwohner/in vorzusehen: Bauausschuss, Ausschuss für Stadtentwicklung und Umwelt, Ausschuss für Schule und Soziales, Ausschuss für Sport, Freizeit und Kultur.

**Abstimmungsergebnis:** einstimmig

\* \* \*

Ratsherr Klaus Felderhoff, der für den Antragsteller das Wort für weitere Erläuterungen ergreift, verweist inhaltlich auf den schriftlich vorliegenden Antrag seiner Fraktion. Er betont nochmals, dass die seit 2009 auch in Deutschland geltende UN-Behindertenrechtskommission das Recht auf gleichberechtigte Teilhabe von Menschen mit Behinderung fordert. Hieraus entspringe auch die Aufforderung zu fragen, was hier bei uns vor Ort zu tun sei, um die gleichberechtigte Teilhabe zu gewährleisten.

Der Ausschussvorsitzende Frank Mederlet kritisiert zunächst, dass nach fast 4 Jahren, der Ratsbeschluss - ein Inklusionskonzept zu erarbeiten - immer noch nicht umgesetzt sei. Er zeigt ein Schreiben und eine Broschüre des Arbeitskreises DOMINO, die die SPD-Fraktion erhalten hat und mit denen der Arbeitskreis noch einmal auf sich und sein Angebot aufmerksam macht. Das habe ihn, so Herr Merderlet, zu der Überzeugung gebracht, dass man nicht noch einmal so lange warten solle, sondern jetzt eine Entscheidung treffen könne. Daher schlägt er den o.g. Beschluss vor, der dann auch ohne eine weitere Aussprache zur Abstimmung gestellt und einstimmig beschlossen wird.

## **1.16 Mitteilungen**

### **1.16.1 Informationen zur Psychologischen Beratungsstelle Vorlage: M/2017/026**

Dieser Tagesordnungspunkt hat sich mit der ausführlichen Darstellung der Psychologischen Beratungsstelle durch ihren Leiter, Herrn Ludger Sändker, vor der Sitzung erledigt.

### **1.16.2 Aufnahme und Unterbringung von Flüchtlingen und Asylbewerbern Vorlage: M/2017/021**

Die sachkundige Bürgerin Sylvie Amamra bezieht sich auf die Aussage in der schriftlichen Mitteilung, dass einige der von der Stadt angemieteten Wohnungen leer stehen und merkt an, dass die von ihr betreute Familie in einer Wohnung mit sehr schlechtem baulichen Zustand lebe. Die Leiterin des Sozialamtes, Frau Cira Niederwipper, bittet Frau Amamra, dass sie sich an die Mitarbeiter des Sozialamtes wenden solle, die einen Wechsel der Wohnung prüfen werden.

Ratsfrau Regina Billstein erkundigt sich nach dem Sachstand bezüglich des angemieteten Gebäudes auf dem Silberberg (ehem. Ursulinenkloster). Beigeordneter Dirk Kremer erläutert hierzu, dass das Gebäude erst einmal noch gehalten werde. Angesichts der Erwartung, dass die Flüchtlingszahlen wahrscheinlich nicht mehr dramatisch anwachsen werden, suche man nach einer alternativen Nutzungsmöglichkeit.

Darüber hinaus wird die Mitteilung der Verwaltung ohne weitere Nachfrage zur Kenntnis genommen.

**1.16.3 Sachstandsbericht Aktionsplan Inklusion**  
**Vorlage: M/2017/019**

Ratsherr Hermann-Josef Bongen findet die Aussage in der schriftlichen Vorlage unter der Überschrift „Agentur Barrierefrei NRW“ bezüglich der Zumutbarkeit der Nutzung von öffentlichen Verkehrsmitteln für die Studenten irritierend. Die Leiterin des Sozialamtes, Frau Cira Niederwipper, erklärt, dies sei die Aussage der Agentur gewesen, die sie in die Vorlage übernommen habe.

Darüber hinaus wird die Mitteilung der Verwaltung ohne weitere Nachfrage, aber verbunden mit der Bitte nun zügiger voran zu kommen, zur Kenntnis genommen.

**1.16.4 Sachstandsbericht Konzept zur Integration von Flüchtlingen**  
**Vorlage: M/2017/017**

Die Mitteilung der Verwaltung wird ohne Nachfrage zur Kenntnis genommen.

**1.17 Verschiedenes**

Entfällt.